

«Die Bewerber haben einfach Angst»

Dürnten Der Gemeinderat moniert das Deutschniveau von Einbürgerungsbewerbern. Bei vielen sei dieses unzureichend. Er will darum die Anforderungen an die Deutschkenntnisse erhöhen. Sprachschule und Gemeindeamt widersprechen ihm.

Fabio Lüdi

Die Deutschkenntnisse vieler Einbürgerungswilliger in Dürnten seien ungenügend, finden Gemeinderat und Bürgerrechtsausschuss. Wer sich einbürgern lassen will, wird in Dürnten vor diesen Ausschuss eingeladen. «Nicht selten» komme es bei diesen Anhörungen vor, dass die Bewerbenden «grosse Mühe» mit der deutschen Sprache bekundeten, hält der Gemeinderat in seinem Sitzungsprotokoll von Mitte Juni fest. Trotz vorausgesetztem Deutschzertifikat (siehe Box).

Schwierige Gespräche

Der Gemeinderat möchte darum, dass das kantonale Gemeindeamt die Prüfungsanforderungen unter die Lupe nimmt. Andere Gemeinden plage dasselbe Problem. Konkrete Zahlen dazu, wie viele Einbürgerungswillige aus Sicht der Gemeinde unzureichende Sprachkenntnisse haben, existieren zwar nicht. Das Sprachniveau sei bei einigen Bewerbern aber derart tief, dass sie Fragen nur mit Mühe und erst nach mehrmaligem Wiederholen beantworten könnten.

«Trotz Verständnis für eine allfällige Nervosität» erscheine es in diesen Fällen rätselhaft, wie die Bewerber den Deutschtest bestanden hätten, so der Gemeinderat. Es würden nur Fragen gestellt, die sich auf eine Broschüre bezögen, welche den Bewerbern im Vorfeld zugestellt worden sei, präzisiert der Dürntner Gemeindegemeinschafter Daniel Bosshard. Dabei werde auch darauf geachtet, einen entsprechenden Wortschatz zu verwenden.

«Anforderungen zu tief»

«Aus unserer Sicht sind die jetzigen Anforderungen zu tief», bilanziert Bosshard. Das liege allerdings nicht an den Testanbietern. Diese müssten sich an die kantonalen Vorgaben halten. «Faktoren wie Fleiss, persönliches Interesse, Einwanderungszeitpunkt, Integration, Umfeld oder Kontakt zu deutschsprachigen Personen spielen eine grosse Rolle für das Sprachniveau», so der Gemeindegemeinschafter.

Die Gemeinde unterhält eine Vereinbarung mit einem Sprach-



In Dürnten findet man die Deutschkenntnisse einiger Einbürgerungsbewerber trotz Sprachtest zu tief. Archivfoto: Seraina Boner

test-Anbieter aus Dübendorf. Zahlen zeigten, dass noch kein Einbürgerungswilliger aus Dürnten dort einen Sprachkurs besucht habe, um sich auf seine Deutschprüfung vorzubereiten. Zudem absolvierten dort auch nur wenige Bewerber ihren tatsächlichen Sprachtest, hält der Gemeinderat fest.

«Das dürfte an der Distanz liegen», sagt Bosshard. Die Gemeinde will darum künftig mit einem näher gelegenen Anbieter zusammenarbeiten, der Akrotea.ch GmbH aus Rüti.

Akrotea.ch-Inhaberin Carola Ernst relativiert die Einschätzung des Gemeinderats, dass viele Einbürgerungsbewerber ein zu tiefes Sprachniveau hätten: «Wir haben beobachtet, dass viele Leute eine falsche Vorstellung davon haben, welche Sprachkompetenz auf Niveau B1 verlangt wird.»

Kenntnis fehlt zuweilen

Dazu liefert sie ein Beispiel: «Gibt ein Lehrer den Kursteilnehmern einen Brief mit nach Hause, in dem steht, die Schule falle am Montag aus, fragen

einige, wohin die Schule denn falle.» Wenn hingegen einfach stehe, «am Montag ist keine Schule», werde das verstanden. Leuten, die keine Sprachexperten seien, fehle zuweilen die Kenntnis darüber, was eine einfache Sprache ausmache.

Zudem dürfe die Gesprächssituation vor dem Bürgerrechtsausschuss nicht unterschätzt werden. «Unsere Erfahrung zeigt, dass die Bewerber da wahnsinnig gehemmt sind, sie haben einfach Angst», sagt Ernst. Eine solche Prüfungssituation sei generell schwierig. Und in einem Gespräch fielen – unabsichtlich – schnell mal Satzkonstruktionen, die die Sprach-

kompetenz der Bewerber überstiegen. Das sieht auch die Abteilungsleiterin Einbürgerungen beim kantonalen Gemeindeamt, Sarah Notter, so. «Es schleckt keine Geiss weg: Wenn jemand den Sprachtest nur knapp bestanden hat und dann nervös vor drei Gemeinderäten sitzt, wird ein Gespräch schwierig.» Auch, weil einige Bewerber aus Ländern kämen, in denen Behörden und deren Vertreter anders konnotiert seien als in der Schweiz.

Früher beurteilten die Gemeinden nach Gutdünken selbst, wann jemand ausreichend gut deutsch sprach. «Dass wir heute allgemeinverbindliche Niveaus

«Aus unserer Sicht sind die jetzigen Anforderungen zu tief.»

Daniel Bosshard
Dürntner Gemeindegemeinschafter

Kantonaler Deutschtest im Einbürgerungsverfahren

Wer sich im Kanton Zürich einbürgern lassen will, muss angemessenes Deutsch können. So verlangt es die Kantonsverfassung. Einbürgerungswillige, die keine Muttersprachler sind oder keine Schulbildung in deutscher Sprache absolviert haben, müssen dies per Sprachtest nachweisen.

Dieser kantonale Deutschtest im Einbürgerungsverfahren (KDE) muss mündlich auf dem Niveau B1 und schriftlich auf dem Niveau A2 des GER (Gemeinsamer Europäischer Referenzrahmen für Sprachen) bestanden werden. Die Tests werden vom kantonalen Gemeindeamt herausgegeben.

Die Durchführung können die Gemeinden öffentlichen oder privaten Anbietern übertragen. Wie jede Gemeinde hat Dürnten eine Vereinbarung mit einem Testanbieter, um ihren Einbürgerungsbewerberinnen und -bewerbern einen Prüfungsplatz sicherzustellen. (zo)

haben, zeigt, dass wir weit gekommen sind», sagt Notter.

Ausschluss gut Integrierter

Die Einbürgerung sei letztlich ein Integrationsfaktor. Die von Bund und Kanton geforderte Sprachkompetenz reiche dafür aus, befähige die Menschen aber vor allem dazu, etwas über die eigene Person und das persönliche Umfeld zu erzählen. Ein Gespräch über Politik gestalte sich hingegen schwierig.

Der «Einladung» Dürntens, die Prüfungsanforderungen zu überprüfen, kann das Gemeindeamt nur bedingt nachkommen. Die Referenzniveaus der Sprachkompetenzen sind gesetzlich in der Bürgerrechtsverordnung festgehalten.

Die Prüfungsanforderungen zu erhöhen, hält Sarah Notter ohnehin nicht für zielführend. «Damit würde ein grosser Teil gut integrierter Einbürgerungsbewerber vom Prozess ausgeschlossen.»

Oft diskutiertes Thema

Klagen, wie sie aus Dürnten zu hören sind, sind dem Gemeindeamt aber nicht fremd. Man tausche sich regelmässig aus, das Thema werde dabei immer wieder diskutiert, so Notter.

Um die Situation zu entschärfen, seien in Zukunft vielleicht Gesprächstrainings mit den Beteiligten eine Lösung. Momentan sind die Behörden allerdings mit der Totalrevision des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes beschäftigt, das sich aktuell in der Vernehmlassung befindet.

Eine stichprobenartige Umfrage bei Gemeinden im Bezirk zeichnet ein wenig dramatisches Bild. So kann sich Wetzikon den Beobachtungen Dürntens nicht anschliessen.

Grüningen lässt verlauten, es hätten sich seit den geltenden Sprachtest-Richtlinien nur wenige Personen einbürgern lassen. Man habe sich aber mit allen «bestens» unterhalten können. In Fischenthal schliesslich würden sich in der Regel deutsch sprechende Personen einbürgern lassen. Die Integration scheidere aber sowieso nicht primär an der Sprachfähigkeit, da der Grundkenntnistest anspruchsvoll genug sei.

Museum in Neuthal braucht Geld für Umbau

Bäretswil Der Zürcher Regierungsrat will das Industrieensemble der ehemaligen Spinnerei in Neuthal aus dem Dornröschenschlaf wecken und einem breiteren Publikum zugänglich machen. Der Trägerverein soll in Zusammenarbeit mit der kantonalen Denkmalpflege ein nationales bedeutendes Industriekulturmuseum einrichten.

Für Anpassungen am Gebäude und an Einrichtungen benötigt der Verein zur Erhaltung alter Handwerks- und Industrieanlagen im Zürcher Oberland (Vehi) für die Jahre 2019 bis 2022 deshalb rund 1,2 Millionen Franken. Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat dafür einen Beitrag

aus dem Lotteriefonds in Höhe von 850 000 Franken, wie er mitteilt.

Im Bundesinventar

Das Industriedenkmal zwischen Bauma und Bäretswil stammt aus den Jahren 1827 bis 1890. Es gilt als wichtiger Zeuge der Industrialisierung des Zürcher Oberlands und ist im Bundesinventar schützenswerter Ortsbilder aufgeführt.

Nach der Schliessung der Fabrik hat der Kanton den grössten Teil der Anlage gekauft. Der Vehi betreibt dort ein Textilindustriemuseum. Allerdings beschränkt sich der gegenwärtige Museumsbetrieb auf Gruppen-

führungen an ausgewählten Tagen, vor allem im Sommerhalbjahr, wie es in der Mitteilung heisst. Unbegleitete Rundgänge sind nicht möglich.

Professionelle Leitung

Nun soll ein attraktiver Museumsbetrieb, unter anderem mit Sonderausstellungen, entwickelt und eine professionelle Leitung installiert werden. Die Öffnungszeiten werden erweitert und das Museum auch für individuelle Besucherinnen und Besucher geöffnet. Die kantonale Baudirektion will den Betriebsbeitrag des Vehi für das Museum von 125 000 Franken auf 170 000 Franken erhöhen. (sda)

Der Wildbach schäumt wegen Löscharbeiten auf

Hinwil Nach dem Feuer vom 3. auf den 4. Juli in der Sammelstelle Steigbreite, bei welchem die Wertstoffsammelstelle vollständig abbrannte, ist Hinwil weiter gefordert. Wie die Gemeinde in einer Mitteilung schreibt, ist bei Löscharbeiten kontaminiertes Wasser via Kanalisation in die Abwasserreinigungsanlage (Ara) gelangt, bevor die erforderlichen Absperungen in den Kanälen installiert waren.

Grenzwerte eingehalten

«Das Abwasser konnte trotz der Mehrbelastung durch das Löschwasser von der leistungsfähigen Ara gereinigt werden, und die Grenzwerte beim Auslauf in den

«Der Schaum bildet keine Gefahr für den Wildbach und dessen Lebewesen.»

Mitteilung der Gemeinde Hinwil

Wildbach wurden eingehalten», heisst es weiter. Allerdings habe sich in einzelnen Reinigungsbecken Schaum gebildet. Diesen habe man mit Zusatzstoffen bekämpfen und absaugen müssen. «Diese Schaumbildung ist nun auch beim Ara-Auslauf in den Wildbach feststellbar», teilt die Gemeinde Hinwil mit.

Gemäss Prüfung und Bestätigung des Amtes für Abfall, Wasser, Energie und Luft (Awel), Sektion Emissionskontrolle, ist dieser Schaum jedoch unbedenklich. «Er bildet keine Gefahr für den Wildbach und dessen Lebewesen.» Es müsse damit gerechnet werden, dass die Schaumbildung noch einige Tage anhalte. (zo)